



Schwerpunkt
Frauenrechte

GLEICHE RECHTE JETZT!

**BRAND
GRÜN
27.18**

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN** 
IM BRANDENBURGER LANDTAG



Grünes Thema

Gleiche Rechte jetzt!
S. 4

Grün im Gespräch

mit Landtagspräsidentin
Britta Stark
S. 10

BER

Business as usual
S. 12

BürgerInnenbefragung

Außerhalb des Speckgürtels
S. 14

Grüne Grafik

Bahnverkehr in Brandenburg
S. 16

Kinder- und Jugendbeteiligung

Mitmischen jetzt!
S. 18

Braunkohlefolgen

Es bewegt sich was
S. 20

Tierschutz

Nicht erst am
Sankt-Nimmerleins-Tag
S. 22

Bahnverbindungen

Schlechter als vor dem Mauerbau
S. 24

Grünes Gericht

Zanderfilet
S. 27

Grüne Termine

S. 28

Das letzte Wort hat ...

S. 30

*Liebe Leserin,
liebes Lesem!*

in diesem Jahr feiern wir 100 Jahre Frauenwahlrecht. 100 Jahre, in denen die Geschlechtergerechtigkeit sich stetig verbessert hat – so würde man meinen. Leider sieht die Realität ganz anders aus. Das zeigt die aktuelle #Metoo-Debatte genauso wie ein Frauenanteil von knapp 31 Prozent im Bundestag, dem geringsten seit 2001. Unsere Fraktion geht mit gutem Beispiel voran und hat Ende 2017 die paritätische Doppelspitze eingeführt. Parität, also die ausgeglichene Verteilung zwischen Frauen und Männern, fordern wir mit einem aktuellen Gesetzentwurf auch im Landtag. Nur wenn Frauen endlich entsprechend ihres Bevölkerungsanteils repräsentiert sind, werden ihre Rechte auch mit Nachdruck vertreten!

Dieses Heft beschäftigt sich nicht nur mit Frauenrechten, sondern auch mit dem BER, der uns mehr als 2000 Tage nach seiner Nicht-Eröffnung immer noch in Atem hält. Wir nehmen den Tierschutzplan genauer unter die Lupe und sehen uns an, wie es um die Kinder- und Jugendbeteiligung in unseren Kommunen bestellt ist. Die Folgen des Braunkohleabbaus sind ebenso Thema dieser brandGRÜN wie die Schienenverbindungen zwischen Brandenburg und Berlin.

Wir wünschen Ihnen und Euch wie immer viel Freude beim Umblättern und Eintauchen.

Ihre Ursula Nonnemacher

Ihr Axel Vogel

GLEICHE
RECHTE
JETZT!

„Gewalt gegen Frauen, das zeigt eine Studie der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, ist für jede dritte europäische Frau über 15 Jahren selbst erfahrene Realität. Auch hier im Land Brandenburg werden täglich Frauen geschlagen, vergewaltigt, sexuell belästigt, gedemütigt, gestalkt. Was wir angesichts dieser unglaublich hohen Zahlen brauchen, sind keine weiteren Rechtspopulisten, sondern eine Gesellschaft, deren Mitglieder täglich geschlossen NEIN zu Gewalt gegen Frauen sagen. Und eine Gesellschaft, die ihre Türen aufmacht und Schutzräume für alle gewaltbetroffenen Frauen bietet.“

Ursula Nonnemacher, Fraktionsvorsitzende

PARITÄT: EIN WEITER WEG



Erst vor rund 100 Jahren durften Frauen zum ersten Mal wählen gehen und gewählt werden. Für dieses Recht – sowohl Bedingung einer echten Demokratie als auch Menschenrecht – hatten zuvor viele Frauen jahrzehntelang gekämpft. Sie kamen aus völlig unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten und traten aus verschiedensten Gründen für ihr Wahlrecht ein. Gemeinsam haben sie das Ziel erreicht. Als Frauen in Deutschland am 19. Januar 1919 ihr demokratisches Grundrecht das erste Mal ausüben durften, beteiligten sich 82 Prozent von ihnen an der Wahl. 37 Frauen wurden gewählt und schafften den Sprung ins Parlament. Ihr Anteil war mit 9 Prozent sehr gering.

Markierte diese Zahl nur den Anfang einer Entwicklung, dass Frauen als Wählerinnen und Mandatsträgerinnen ebenso verantwortlich für die Gestaltung der Gesellschaft und genau wie Männer in politische Entscheidungen mit eingebunden sind? Die Antwort lautet leider nein. Immer wieder gab es Rückschritte, immer wieder fehlte echter Fortschritt. Ein herber Rückschlag war die Aberkennung des passiven Wahlrechts durch die Nationalsozialisten 1933. Aber auch nach Ende der nationalsozialistischen Diktatur war den Männern in Deutschland das Thema Gleichberechtigung nicht viel wert. Vier Frauen kämpften gegen 61 Männer im verfassungsgebenden Gremium der frühen Bundesrepublik dafür, dass die Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann ins Grundgesetz mit aufgenommen wird. Ein wichtiger Punkt-sieg, aber noch immer ist das Ziel nicht erreicht. Von 1949 bis weit in die 1980er Jahre stagnierte der Frauenanteil im Bundestag bei den 9 Prozent von 1919. Unfassbar, dass dieser Anteil zum Beispiel vom 7. Deutschen Bundestag (1972-1976) mit 5,8 Prozent noch deutlich unterschritten wurde.



© Bundesarchiv, Bild 183-19835-1205-508, gruenlink.de/17m, CC-BY-SA 3.0

Weitere Informationen zu unserem Paritätengesetz hier:
<http://gruenlink.de/1f32>

Berliner Stadtverordnete im Jahr 1919

Auch mit dem Frauenanteil im aktuellen Bundestag sind wir 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts absolut nicht zufrieden. Durch traditionelle, männlich dominierte Parteien ist der Anteil weiblicher Abgeordneter im Bundestag stark rückläufig, liegt aktuell nur bei knapp 31 Prozent. Klar ist: Der Kampf der frühen Frauenrechtlerinnen ist noch nicht vorbei! Wir müssen weiter dafür einstehen: Die Hälfte der Bevölkerung besteht aus Frauen. Politik muss verbindlich zur Hälfte von Frauen gemacht werden. Dafür fordern wir die Landesregierung auf, den Parteien Vorgaben zu echter Gleichberechtigung zu machen. Sie sollen zur nächsten Landtagswahl in Brandenburg ebenso viele weibliche wie männliche KandidatInnen aufstellen. Auch 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts ist es bis zu echter Parität leider noch ein weiter Weg. Unser Paritätengesetz ist ein erster Schritt.

ALLEINERZIEHENDE IN BRANDENBURG



Alleinerziehende sind und bleiben für uns ein wichtiges Thema. Warum? Wir erkennen anhand der Antworten auf unsere Große Anfrage, dass weiterhin ein sehr großer sozial-, familien- und arbeitsmarktpolitischer Handlungsbedarf besteht. Fast 41 Prozent

der Haushalte von Alleinerziehenden sind von Armut bedroht. Auch bei Alleinerziehenden zeigt sich, dass vor allem die Frauen sehr viel mehr in Teilzeit als Männer arbeiten. Alleinerziehende Frauen verfügen dadurch über durchschnittlich geringere Nettoeinkommen, beziehen häufiger Transferleistungen und sie und ihre Kinder sind deutlich stärker von Armut bedroht. Insgesamt erhalten 38 Prozent aller Alleinerziehenden (auch) Leistungen nach SGB II, darunter sind über 90 Prozent Frauen.

Konkret bedeutet das: Wir müssen weiterhin für eine verbesserte Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kindererziehung kämpfen und für eine deutliche Unterstützung bei der Aufnahme einer

Beschäftigung oder der beruflichen Weiterqualifizierung. Gerade für Alleinerziehende ist dafür eine hochqualitative Betreuung in Kitas und Ganztagschulen wichtig. Kitas sind Bildungseinrichtungen. Erzieherinnen und Erzieher brauchen Zeit für die Kinder. Um das möglich zu machen, hatte unsere Fraktion kürzlich gemeinsam mit der CDU-Fraktion mehr Personal bei längeren Öffnungszeiten gefor-



Unsere Große Anfrage zum Thema ist hier zu finden:
<http://gruenlink.de/1f3m>

© gettyimages: SoStock

dert – eine wichtige Maßnahme, von der vor allem auch Kinder alleinerziehender Eltern profitieren.

Wir erwarten zudem konkretere Lösungen seitens der Landesregierung. Bereits seit 2015 lässt sie am „Runden Tisch gegen Kinderarmut“ Expertinnen und Experten vor Ort beraten. Daraus abgeleitete Maßnahmen oder Zwischenberichte an den Sozialausschuss vermissen wir aber.

Auf Bundesebene fordern wir Bündnisgrünen seit Langem eine einkommensunabhängige Kindergrundsicherung und ein Rückkehrrecht auf Vollzeit. Mit der erneuten Großen Koalition erhalten Familien stattdessen 25 Euro mehr Kindergeld pro Monat. Das ist Verteilung mit der Gießkanne, aber keine wirksame Unterstützung für Alleinerziehende.

„DA IST NOCH LUFT NACH OBEN“



Britta Stark, seit 2014 im Amt, ist Brandenburgs erste weibliche Landtagspräsidentin. Die SPD-Abgeordnete hat mit uns über ihre Arbeit und das Thema Frauenrechte gesprochen.

Man spricht im Zusammenhang mit Führungspositionen, wie Sie eine innehaben, von einer „gläsernen Decke“. Haben Sie diese in Brandenburg wahrgenommen?

Ich habe sie, ehrlich gesagt, persönlich nicht zu spüren bekommen. 1989, als 25-Jährige, wurde ich Mitglied der SPD, gleich darauf deren Vorsitzende in Frankfurt (Oder) und hatte seitdem verschiedene Führungspositionen inne. Ich weiß aber, dass die Chancen, die ich ergreifen konnte, sich nicht allen Frauen bieten – ob in der Wirtschaft oder der Politik.

Welche Initiativen haben Sie in Ihrer Präsidentschaft angestoßen, welche Akzente wollen Sie setzen?

Jugend und Demokratie, Europa, Frauen – das sind meine Schwerpunkte. Der Landtag hat sich seit 2014 mehr für die Bürgerinnen und Bürger geöffnet, hat viele Jugendprojekte ins Leben gerufen und den Internationalen Frauentag ins Haus geholt: Am 8. März wird hier ordentlich debattiert und auch gefeiert! Die Geschäftsordnung des Landtages ist nun geschlechtergerecht formuliert. Und jedes Jahr setze ich im November mit den frauenpolitischen Sprecherinnen der Fraktionen mit der Flaggenhissung zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen im Innenhof des Landtages ein deutlich sichtbares Zeichen – ebenso wie am Internationalen Tag gegen Homophobie, Transphobie und Biphobie: Da weht die Regenbogenfahne neben der deutschen und europäischen Flagge.

Viele Menschen vertreten die Auffassung, Frauen hätten schon alles erreicht. Sehen Sie das genauso?

Seit Frauen vor 100 Jahren das Wahlrecht für sich erkämpfen, haben wir sehr viel in Sachen Gleichberechtigung und Chancengleichheit erreicht. Dennoch stecken heute z. B. noch zu viele Frauen unfreiwillig in Teilzeitjobs und zu wenige gelangen in Führungspositionen. Die #Metoo-Debatte zeigt, dass es weiterhin Machtgefälle zwischen Männern und Frauen gibt und diese schamlos ausgenutzt werden können. Der Anteil weiblicher Landtagsabgeordneter in Brandenburg ist leicht zurückgegangen, es sind gut 36 Prozent. Aber nicht einmal jedes zehnte Rathaus im Land wird von einer Frau geführt, es gibt gerade mal eine Landrätin! Da ist noch Luft nach oben. Aber auch das Erreichte müssen wir verteidigen. Emanzipation und Selbstbestimmtheit sind angesichts eines von Rechtspopulisten propagierten rückschrittlichen Frauenbilds keine für immer gesetzten Selbstverständlichkeiten.

Was sind für Sie drängende Fragen der Gleichberechtigung im Jahr 2018?

Über einen verpflichtenden Frauenanteil auf Wahllisten – Stichwort Paritätsgesetz – könnte man diskutieren. Wir müssen Frauen aber auch ganz lebenspraktisch ermöglichen, diese Rechte in Anspruch zu nehmen. Ein Beispiel: Die Landtagsverwaltung ist jetzt mit dem Audit berufundfamilie zertifiziert und arbeitet daran, dass unsere Beschäftigten Familie und Beruf und vielleicht auch weiteres Engagement besser miteinander vereinbaren können.



Landtagspräsidentin
Britta Stark

© Oliver Lang

BER BUSINESS AS USUAL



„Angela Merkel hat überraschend ihr geplantes Rücktrittsdatum bekannt gegeben: Einen Tag nach der Eröffnung des BER!“

Witze über den BER und die immer neuen Terminverschiebungen haben eines gemeinsam: Sie werden gerne auf Kosten anderer gemacht. Der kurz vor Weihnachten verkündete Termin zur Eröffnung des BER im Oktober 2020 bedeutet, dass weitere Kosten auf die EigentümerInnen, sprich: auf die SteuerzahlerInnen, zurollen. Bei den jetzt genannten Mehrkosten von 770 Millionen Euro wird es sicher nicht bleiben.

Inzwischen sind die offiziell bekannt gegebenen Eröffnungstermine eher Glaubensbekenntnisse als wissenschaftliche Prognosen. Gewissheit, ob die Technik im Terminal reibungslos arbeitet, kann es erst nach der sogenannten Wirk-Prinzip-Prüfung geben. Diese erfolgt nach Abschluss aller Bauarbeiten und dauert zusammen mit dem Probetrieb zwölf bis 14 Monate. Inzwischen gehen die verantwortlichen PlanerInnen davon aus, die Bauarbeiten nicht vor Januar 2019 beenden zu können. Nur wenn dann keine größeren Fehler festgestellt werden, ist der genannte Eröffnungstermin zu halten; angesichts der bisherigen Geschichte des BER wäre dies ein Wunder.

Noch hat die Flughafengesellschaft FBB etwa 1,5 Milliarden Euro in der Kasse. Für die Fertigstellung des Terminals am BER reicht das aber nicht. Große Teile der für den weiteren Ausbau des Standorts Schönefeld bis 2025 vorgesehenen 1,1 Milliarden Euro werden durch die erneute Terminverschiebung aufgeessen. Würden diese Gelder aber jetzt nicht umgewidmet und für das Hauptterminal

freigegeben, ginge der Flughafengesellschaft noch in diesem Jahr das Geld aus. Das will niemand, also wird umgeschichtet und damit zugleich die Antwort auf die Frage, wie dieser Flughafen am Ende wirklich finanziert werden soll, aufgeschoben. Die bislang von den FBB-Verantwortlichen erfolgreich eingesetzte Taktik, bekannte Mehrkosten für das Projekt nur scheinbarweise zu veröffentlichen, wird fortgesetzt. Alternativoptionen: Fehlanzeige.

Statt immer neuer Ausbauplanungen – inzwischen ist von 60 Millionen FlugpassagierInnen die Rede – und Masterplänen für eine neue Flughafenstadt ohne Rücksicht auf Verluste fordern wir Selbstbeschränkung: Fertigstellung des BER so wie ursprünglich genehmigt als Flughafen für den Bedarf der Region, Nachtflugverbot und zügige Umsetzung des Lärmschutzes. Wir stehen für eine verantwortungsbewusste Verkehrspolitik, die auf eine Begrenzung des Flugverkehrs und den Ausbau des Bahnverkehrs als Alternative zu Flügen auf der Kurzstrecke setzt.



Der BER soll den Flughafen Tegel entlasten

AUSSERHALB DES SPECKGÜRTELS



Wie lebt es sich außerhalb des Berliner „Speckgürtels“, in den ländlichen Räumen und kreisfreien Städten? Womit sind die Menschen zufrieden, was fehlt ihnen? Das herauszufinden, war Aufgabe einer BürgerInnenbefragung im Auftrag der von uns Bündnisgrünen angestoßenen Enquêtekommision „Ländliche Räume“. Die Ergebnisse sind nicht nur interessant, sondern zugleich auch ein Arbeitsauftrag an bündnisgrüne Politik.

Zuerst die gute Nachricht: Die meisten BrandenburgerInnen außerhalb des Speckgürtels leben gerne dort. 75 Prozent bewerten ihre Lebensqualität positiv, die Hälfte würde einem guten Freund empfehlen, in ihren Wohnort zu ziehen. An den Lebensbedingungen vor Ort schätzen die Befragten besonders die Natur und gesunde Umweltbedingungen, Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf sowie die Verfügbarkeit von Hilfen im Notfall.

Unzufrieden sind die Menschen dagegen mit dem Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln (36 Prozent), der medizinischen Versorgung (36 Prozent) und dem Internet (34 Prozent). Am schlechtesten schneiden die Versorgung mit Kulturangeboten (42 Prozent) und das Angebot an Orten, die das soziale Zusammenleben fördern (43 Prozent), ab. Fast alle diese Leistungen der Daseinsvorsorge werden zudem von den BewohnerInnen kleinerer Gemeinden und Dörfer schlechter bewertet als von denen der Kern- und kreisfreien Städte.

Besonders frappierend ist die Einschätzung politischer Mitbestimmungsmöglichkeiten und des Vertrauens in die lokalen politischen AkteurInnen: Nur 25 Prozent der Befragten können der Aussage „Den politischen Akteuren an meinem Wohnort kann man voll

vertrauen“ zustimmen; 27 Prozent lehnten sie sogar ab. Auch bei der Einschätzung, ob die örtlichen Interessen von den Landes- und KommunalpolitikerInnen berücksichtigt werden, überwiegen die negativen Zustimmungswerte – ganz besonders in kleineren Orten.

Was bedeutet das für die bündnisgrüne Arbeit der nächsten Jahre? 1. Das Wichtigste für ein gutes Leben auf dem Land ist eine intakte Natur – eine bessere Bestätigung unserer Arbeit kann es kaum geben. 2. Der Einsatz für einen besseren öffentlichen Nahverkehr bleibt das Kernelement unserer Politik für ländliche Räume. 3. Unser Ringen um starke, lebendige Dörfer ist wichtiger denn je. Wir setzen uns für mehr Mitwirkungsrechte ein, etwa für selbstverwaltete Ortsteilbudgets oder die Einbeziehung von OrtsvorsteherInnen in die Gemeindevertretungen. 4. Auch wenn die Enquêtekommision Empfehlungen für die Entwicklung der nächsten 20-30 Jahre geben soll, kann einiges nicht so lange warten. Viele Handlungsempfehlungen sind daher schon in den Zwischenbericht der Kommission eingeflossen und können – und sollten – von der Landesregierung schon jetzt umgesetzt werden.

Auch unser Fraktionsmaskottchen Gudrun findet den Zwischenbericht gut!

Das Neueste aus der Enquêtekommision immer auf unserer Website: <http://gruenlink.de/1eq2>



GRÜNE GRAFIK

BAHNVERKEHR IN BRANDENBUR



Zigtausende Fahrgäste, die sich täglich in überfüllte Regionalzüge zwängen müssen, können ein Lied davon singen: Das Brandenburger Nahverkehrsnetz wurde von der Landesregierung und den Vorgängerregierungen jahrelang ausgedünnt und auf Verschleiß betrieben. Gleichzeitig stieg die Nachfrage nach Bussen und Bahnen.

Das zeigen auch die Antworten auf unsere Große Anfrage „Situation des Bahnverkehrs in Brandenburg“, aus der wir hier einige Zahlen präsentieren.

Alle Zahlen bezogen
auf den Zeitraum 2006-2016

Bestellte Leistung im Regionalverkehr in Zugkilometern:
2006: 32.157.000
2016: 31.483.000
minus 674.000 km

15 Streckenabschnitte im Umfang von **249 km** stillgelegt, dadurch **60 Haltepunkte** geschlossen

Zunahme der Fahrgäste allein im Regionalverkehr um **fast 60 Prozent**

An **16 Haltepunkten** – alle im ländlichen Raum – Takte weiter ausgedünnt, Stationen noch seltener angefahren

Unsere Große Anfrage und die Antwort der Landesregierung unter <http://gruenlink.de/1etz> (PDF)

MITMISCHEN JETZT!



Mehr Orte zum Spielen, besseres Schulessen oder schnellerer Internetzugang: Kinder und Jugendliche haben viele Ideen, was sie in ihrem Umfeld gerne ändern würden. Schon ab dem Kita-Alter sind sie in der Lage, ihre Wünsche und Interessen zu äußern. Selbst gestalten zu können, mit anderen zu verhandeln und am Ende tatsächlich Einfluss auf das eigene Umfeld nehmen zu können, das ist die beste Schule der Demokratie. In der sich verändernden Gesellschaft wird die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auch immer wichtiger, weil sich die gesamtgesellschaftliche Altersstruktur zu ihren Ungunsten entwickelt.

Seit vielen Jahren setzen sich Jugendverbände für eine verbindliche Regelung zur kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung in Brandenburg ein. Wir haben dieses Anliegen von Anfang an unterstützt. Bereits 2011 und 2015 haben wir Gesetzentwürfe zur Verankerung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Kommunalverfassung in den Landtag eingebracht. Sie wurden beide Male abgelehnt, beim zweiten Mal allerdings mit dem Versprechen, bei der nächsten Änderung der Kommunalverfassung nachzusteuern. Das geschah im Rahmen eines Entschließungsantrags zur Kreisgebiets- und Funktionalreform, fiel dann allerdings der Absage des gesamten Reformvorhabens zum Opfer.

Um nicht noch einmal Zeit zu verlieren, haben wir im Dezember 2017 erneut einen Gesetzentwurf vorgelegt. Mithilfe eines neu einzuführenden Paragraphen wollen wir den Gemeinden ihre bereits bestehende Verpflichtung zur Entwicklung und Durchführung geeigneter und altersgerechter Verfahren zur angemessenen Beteiligung verdeutlichen. Die Beteiligungsmaßnahmen sollen dokumentiert



Beim Zukunftstag besuchen Kinder und Jugendliche den Brandenburger Landtag

werden. Außerdem wollen wir die Benennung kommunaler Kinder- und Jugendbeauftragter erreichen.

Die rot-rote Regierungskoalition hat nun einen ähnlichen Gesetzentwurf eingebracht, der gemeinsam mit unserem Antrag demnächst in den Landtagsausschüssen diskutiert werden wird. Noch weitergehend sind die Änderungsvorschläge von Seiten der Kinder- und Jugendverbände, über die wir im Rahmen einer Anhörung zu den Gesetzesanträgen diskutieren werden.

Ob Erzählkreis, Kinderkonferenz oder Jugendparlament: Während vielerorts in Brandenburg Beteiligung schon gute Praxis ist, bestehen an anderen Orten noch große Defizite. Die märkischen Kinder und Jugendlichen warten schon viel zu lange darauf, endlich und überall angemessen beteiligt zu werden. So feierte die in Potsdam ansässige Fachstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg Ende 2017 ihr zehnjähriges Bestehen, ohne dass in diesem Zeitraum ein entsprechender Paragraph in der Kommunalverfassung verankert worden wäre. Es wird höchste Zeit, dies endlich nachzuholen!

ES BEWEGT SICH WAS



Während die GroKo auf Bundesebene den Kohleausstieg auf den Sankt-Nimmerleins-Tag vertagt, verschärfen sich die Folgen des Braunkohleabbaus immer weiter. So bedroht Sulfat als Abfallprodukt der Lausitzer Kohle zunehmend die Trinkwasserversorgung von Berlin und Brandenburg. Auch beim mittlerweile fünften „Sulfatgespräch“ beider Länder Anfang Februar wurde kein Maßnahmenplan gegen das Problem beschlossen. Die im Vorfeld bekannt gewordene Scheinlösung der Brandenburger Landesregierung, die Zielwerte für Sulfat in der Spree zu erhöhen, scheiterte vorerst daran, dass unsere Fraktion das Vorhaben im Landtag öffentlich machte. Schmallippig ruderte Umweltminister Jörg Vogelsänger zurück: Niemand habe die Absicht, Werte zu erhöhen, verkündete der SPD-Politiker auf unsere Anfrage. Für uns ist klar: Es muss das Verursacherprinzip gelten. Der Bergbaubetreiber LEAG muss für die Wasserreinigung aufkommen. Es wäre ein Unding, wenn er mit Billigung der rot-roten Landesregierung weiterhin seine Profite einfahren könnte, während Berliner und Brandenburger WasserkundInnen zur Kasse gebeten werden.

Auch in den seit Jahren schwelenden Konflikt um den massiven Wasserrückgang bei Seen im Umfeld des Tagebaus Jämschwalde kommt Bewegung. Nachdem Land und Bergbaubetreiber lange vehement bestritten hatten, dass der Bergbau Verursacher sein könnte, wurde auf unser konsequentes Nachfragen hin nun doch ein Zusammenhang bestätigt. Minister Vogelsängers Einschätzung, den beispielsweise seit 1997 um 1,40 m gesunkenen Wasserpegel im Pinnower See allein dem Klimawandel oder den KleingärtnerInnen zuzuschreiben, die sich zum Gießen ihrer Parzellen aus dem See bedienen sollen, war nicht haltbar. Die Landesregierung hat – nach Ankündigung unseres Antrages im Landtag dazu – signalisiert,

dass nun nach den Ursachen geforscht werde und Maßnahmen eingeleitet werden sollen. Welche das im Konkreten sind, ist noch offen.

Es bleibt ein Skandal, dass das Land Brandenburg keinen Handlungsbedarf bei der Sicherung von Tagebaufolgekosten sieht – und das, obgleich sich abzeichnet, dass die LEAG hierfür nicht im erforderlichen Umfang Gelder vorhält. Das geht aus der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage unserer Fraktion hervor. „Die Landesregierung hatte bisher keine Veranlassung zu prüfen, ob das Unternehmen EPH für Verpflichtungen der LEAG haftet“, heißt es dort. Die Landesregierung hätte die Möglichkeit, die LEAG zu insolvenzfesten Sicherheitsleistungen zu verpflichten. Stattdessen tut sie nichts und riskiert damit, dass Unsummen der Allgemeinheit aufgebürdet werden könnten. Allein für den Tagebau Welzow Süd werden laut einer groben Schätzung des Wirtschaftsministeriums für die Wiedernutzbarmachung etwa drei Milliarden Euro benötigt. Immerhin hat sich die Landesregierung auf unser Drängen hin bereiterklärt, ein Gutachten zu Rekultivierungskosten erstellen zu lassen. Das Ergebnis wird noch in diesem Jahr erwartet.

© www.deengruende | dipl.-ing. markus pichmaier



Der Wasserpegel des Pinnower Sees ist seit 1997 um 1,40 m gesunken

NICHT ERST AM SANKT-NIMMERLEINS-TAG



Brandenburg bekommt als eines der ersten deutschen Bundesländer einen Tierschutzplan. Das klingt zunächst nach einem Erfolg im Kampf um artgerechtere Tierhaltung und BürgerInnenbeteiligung. Denn 104.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger hatten zuvor mit ihrer Unterschrift gegen Riesenställe und für mehr Tierwohl gestimmt. Als Konsequenz aus dem erfolgreichen Volksbegehren gegen Massentierhaltung des Aktionsbündnisses Agrarwende beauftragte der Landtag die rot-rote Landesregierung damit, unter Beteiligung von Interessensverbänden und WissenschaftlerInnen einen Tierschutzplan zu erarbeiten.

Dieser wurde im Dezember 2017 offiziell übergeben und soll nun auch umgesetzt werden. Der Tierschutzplan stellt zwar nicht das Ende der industriellen Tierhaltung dar, ist aber ein wichtiger Schritt. Er enthält 131 mehr oder weniger konkrete Maßnahmevorschläge, um die Haltung von Schweinen, Masthühnern & Co. zu verbessern. Aus unserer Sicht sind einige davon nicht weitreichend genug, etwa rund um die Putenhaltung. Andere, beispielsweise zu Demonstrationsbetrieben, stellen eine wirkliche Weiterentwicklung dar. Was sich mit Sicherheit sagen lässt: Zahlreiche Ehrenamtliche und Hauptamtliche haben tolle Arbeit geleistet. Ihre Mühe hat sich schon deshalb gelohnt, weil sich Tier- und UmweltschützerInnen, LandwirtInnen und die Agrarindustrie aufeinander zubewegt haben.

Aus bündnisgrüner Sicht krankt der Plan vor allem an den von Umweltminister Vogelsänger (SPD) gesetzten Rahmenbedingungen. Zum einen hat der Umweltminister erst extrem spät ein Konsortium beauftragt, das den Erstellungsprozess rund um den Plan moderieren und koordinieren sollte. So blieben nur wenige Monate, um die

fruchtbare Diskussion zwischen Berufsstand und Zivilgesellschaft, Ministerium und Beteiligten, die sich in anderen Bundesländern über Jahre entwickeln konnte, nachzuholen. Viel Druck und wenig Zeit: Das merkt man dem Resultat leider an.

Vor allem sehen wir die Gefahr, dass die rot-rote Regierungskoalition die Umsetzung des Plans bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag hinauszögert. Bis Ende 2018 will sie sich Zeit nehmen, um ein Umsetzungskonzept zu erarbeiten. Die Umsetzung käme dann vielleicht in der Sommerpause 2019 – und schwupp, wäre die Legislaturperiode vorbei und der Plan verschwände in der Schublade. Außerdem ist die Finanzierung bis jetzt komplett ungeklärt. Bis Herbst 2018 müsste sie aber feststehen, um noch in den Doppelhaushalt 2019/20 einfließen zu können.

Der Plan darf kein bloßer „Empfehlungskatalog“ (O-Ton Minister Vogelsänger) bleiben, sondern muss zu konkreten Verbesserungen beim Tierwohl und beim Umwelt- und Gesundheitsschutz führen. Wir werden die Umsetzung des Tierschutzplans weiter mit voller Kraft unterstützen, zum Beispiel mit Änderungsanträgen im Haushalt.

SCHLECHTER ALS VOR DEM MAUERBAU



10.316 Tage: So lange stand die Mauer, die Deutschland in Ost und West teilte. Und genauso viele Tage waren am 5. Februar 2018 seit ihrem Fall vergangen. Berlin und Brandenburg sind seit dem Ende der Teilung 1989 immer näher aneinandergerückt. Aber gilt das auch für die gemeinsame Infrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)? Anlässlich des so genannten „Zirkeltages“ wollten wir von der rot-roten Brandenburger Landesregierung wissen, wie sich das Pendeln mit öffentlichen Verkehrsmitteln seit dem Fall der Mauer entwickelt hat.

Das Thema betrifft viele: Die Zahl der so genannten AuspendlerInnen, die berufsbedingt regelmäßig von Brandenburg nach Berlin fahren, ist zwischen 1993 und 2016 von 90.289 auf 203.274 gestiegen. Umgekehrt, also von Berlin nach Brandenburg, pendelten 2016 84.776 Menschen; 1993 waren es noch 25.639 gewesen (jeweils PKW und ÖPNV zusammen, separate Zahlen liegen nicht vor). Die Nachfrage nach leistungsstarken Verkehrsachsen zwischen Brandenburg und der Bundeshauptstadt ist also höher denn je.

Entgegen den Versprechungen der damaligen Bundesregierung, dass die durch den Mauerbau gekappten Verkehrsverbindungen nach 1990 weitgehend wieder hergestellt würden, klaffen im Netz des Schienenpersonennahverkehrs aber weiterhin Lücken. Und es kommt noch dicker: Ein Blick auf eine alte S-Bahnkarte genügt, um zu sehen, dass die Verflechtungen zwischen Berlin und Umland vor dem Mauerbau 1961 besser waren als heute. S-Bahn-Verbindungen – wenn auch teilweise noch nicht elektrifiziert, sondern dampfgetrieben – gab es damals bis nach Straußberg, Wünsdorf, Ludwigsfelde, Wustermark, Velten, Fürstenwalde und Stahnsdorf.

Wir finden: Dass wir 28 Jahre nach dem Mauerfall den Stand von 1961 noch nicht annähernd wieder erreicht haben, ist auch ein massives landespolitisches Versäumnis und ein Entwicklungshemmnis. Berlin und Brandenburg haben jahrzehntelang den Straßenverkehr bevorzugt. Das kommt auch darin zum Ausdruck, dass die Landesregierung bei den am stärksten frequentierten Straßen und Autobahnen zwischen Berlin und Brandenburg – mit einer Ausnahme – keine Engpässe sieht. Beim Bahnverkehr besteht demgegenüber, auch nach Einschätzung der Landesregierung, erheblicher Handlungsbedarf. Schienenanbindungen wirken wie Lebensadern für die Entwicklung des Landes. Dass jetzt im Zuge des ÖPNV-Konzeptes 2030 nachgesteuert werden soll, ist deshalb zwar gut. Aber es werden weitere verlorene Jahre ins Land ziehen, bis sich die Situation verbessert. Schuld daran ist eine Politik des Hinterherhechelns, die den tatsächlichen Mobilitätsbedürfnissen der Menschen in Brandenburg und Berlin nicht gerecht wird.



© iPicrom, keffreinsstein/CC-BY-SA 2011

GRUNDWASSER IN GEFAHR!



Wasser ist die Grundlage allen Lebens, der Schutz des Grundwassers eine unserer wichtigsten Aufgaben. Das Grundwasser aber ist zunehmend in Gefahr – durch immer mehr Düngemittel und Pestizide aus der Landwirtschaft, Gülle aus der Massentierhaltung, durch Einträge aus der Industrie und Altlasten aus der DDR oder unsachgemäße beziehungsweise illegale Müllentsorgung.

Wir haben exemplarisch Daten zur Gefährdung unseres Grundwassers zusammengestellt und auf zwei Online-Karten eingetragen, die hier zu finden sind: <http://gruenlink.de/1f1c>



ZANDERFILET

AN Roter ZWIEBEL MIT
SENFKARTÖFFELCHEN



Zutaten für 4 Personen

800 g Zanderfilet auf der Haut, 800 g kleine festkochende Kartoffeln, 400 g rote Zwiebeln, 2 rote Äpfel, Zitrone, Butter, Senf, Honig, Olivenöl, Pfeffer und Salz

Zubereitung

Den Fisch abspülen, salzen und mit Zitrone beträufeln, 10 Min. ziehen lassen und mit Küchenpapier abtupfen. Die Kartoffeln schälen, in Salzwasser gar kochen und abgießen. Die Zwiebeln schälen und in dünne Ringe schneiden, die Äpfel waschen, entkernen und in dünne Spalten schneiden. Beides in einer Pfanne mit etwas Olivenöl kurz dünsten, bis die Zwiebel glasig wird. In einem Topf 2 EL Butter, 1 EL Senf und 1 TL Honig verquirlen, erwärmen und die Kartoffeln darin schwenken. Gleichzeitig den Fisch mit der Haut in einer Pfanne in Butter von beiden Seiten leicht braten. Alles auf Tellern anrichten und mit etwas Pfeffer und Salz bestreuen.

Unterwegs mit den „Häuserrettern“

Ende Februar haben sich unser Fraktionsvorsitzender Axel Vogel und unsere kulturpolitische Sprecherin Marie Luise von Halem gemeinsam mit Journalistinnen und Journalisten vom Abriss bedrohte Denkmäler im Barnim und in der Uckermark angesehen. Begleitet wurden sie von den „Häuserrettern“, der Architektin Kiri Westphal und dem Zimmermann Mats Ciupa aus Gellmersdorf (Uckermark). Die beiden kämpfen seit Jahren mit spektakulären Aktionen gegen den Abriss von kulturhistorisch wertvollen Gebäuden wie Fachwerkhäusern, alten Bahnhofsgebäuden und Dreiseithöfen. Alte Denkmäler retten bedeutet für die Häuserretter Geschichte, Heimat und Identität zu bewahren.

GRÜNE TERMINE

• Fachgespräche und Filmvorführungen

Im Frühjahr planen wir Fachgespräche und Filmvorführungen zu verschiedenen Themen. Genauereres immer ganz aktuell in unserer Terminübersicht:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/veranstaltungen

• Wanderausstellung Bahnhofstour vor Ort

Unser Abgeordneter Michael Jungclaus hat mehr als 70 Bahnhöfe in Brandenburg besucht, die die Landesregierung als nachfrageschwach einstuft. Daraus entstand eine Wanderausstellung, die auf Wunsch auch in Ihrem Bahnhof Halt macht. Interesse? Mail an michael.jungclaus@gruene-fraktion.brandenburg.de

Das letzte Wort hat ...

” Was ist eigentlich deutsche Kultur? Oktoberfest oder Kieler Woche? Oper oder Pokémon? Krapfen oder Berliner? Thomas Mann oder Fix&Foxi? Pappteller oder Silberbesteck? Budapest oder Birkenstock? Atheismus oder Religion (und wenn ja: welche?)? Fußball oder nicht? Halloween oder Sternsinger? – Es gibt keine deutsche Leitkultur!“

Marie Luise von Halem
Kulturpolitische Sprecherin
ml.halem@gruene-fraktion.brandenburg.de

” Ich erwarte von der Landesregierung, dass sie ausspricht, was hinter vorgehaltener Hand PolitikerInnen aller Parteien längst sagen: Das Großprojekt BER ist in seiner jetzigen Form gescheitert.“

Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender
axel.vogel@gruene-fraktion.brandenburg.de

” Das Handeln staatlicher Verwaltungen hat sich an den in diesem Land lebenden Menschen, an den BürgerInnen und ihren Grund- und Freiheitsrechten, zu orientieren und nicht die Aufgabe, BehördenmitarbeiterInnen vor ihnen missliebigen Anfragen oder Amtshandlungen zu bewahren!“

Ursula Nonnemacher
Fraktionsvorsitzende
ursula.nonnemacher@gruene-fraktion.brandenburg.de

” Wenn wir die Zahl der Wildschweine reduzieren wollen, müssen wir ganz anders anfangen. Das beginnt bei den Bejagungsmaßnahmen, und dann reden wir auch über eine ganz andere Landwirtschaft. Das Wildschwein von heute ist ja fast Veganer; es ernährt sich fast nur von Mais.“

Benjamin Raschke
Agrarpolitischer Sprecher
benjamin.raschke@gruene-fraktion.brandenburg.de

” Die Landesregierung muss bei der Gestaltung des Strukturwandels eine Schippe drauflegen. Vor allem muss sie ihr doppelbödiges Agieren beenden. Zwar schmückt sie sich gerne mit dem Etikett „Strukturwandel“, insgeheim arbeitet sie aber weiter an der Verlängerung der Braunkohle.“

Heide Schinowsky
Wirtschaftspolitische Sprecherin
heide.schinowsky@gruene-fraktion.brandenburg.de

” Seit der Sommerpause habe ich es ganze drei Tage ohne irgendeine Zugverspätung in den Landtag und zurück geschafft. Technische Störung am Zug, Zugausfall, Polizeieinsatz, Notarzteinsatz, Signalstörung, Weichenstörung, Baustellen, Kabelbrand, Kühe im Gleis ... die Liste könnte ich ewig fortsetzen.“

Michael Jungclauss
Verkehrspolitischer Sprecher
michael.jungclauss@gruene-fraktion.brandenburg.de

DICH STECK ICH IN DIE TASCHE!

Klein, aber oho: Unsere Fraktionszeitung brandGRÜN ist randvoll mit Neuigkeiten über unsere Arbeit im Brandenburger Landtag. Unsere Vorsätze: Klar und schnell auf den Punkt kommen, frech und handlich sein, nah an Euch und Ihnen dran.



Wer brandGRÜN viermal im Jahr kostenlos nach Haus bekommen möchte, bestellt sie hier: www.brandgruen.de



Wer brandGRÜN online lesen will:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/newsletter



Wer uns die Meinung sagen will:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/kontakt

Diese Veröffentlichung informiert über die parlamentarische Arbeit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

IMPRESSUM

brandGRÜN

Fraktionszeitung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Alter Markt 1, 14467 Potsdam
Tel. (0331) 966 1700

info@gruene-fraktion.brandenburg.de
www.gruene-fraktion-brandenburg.de
V.i.S.d.P.: Tobias Arbinger
Redaktion: Katharina Buri
Titelbild: © Kristina Heldmann/ZITRUSBLAU
Satz und Layout: ZITRUSBLAU
Icons: thenounproject.com